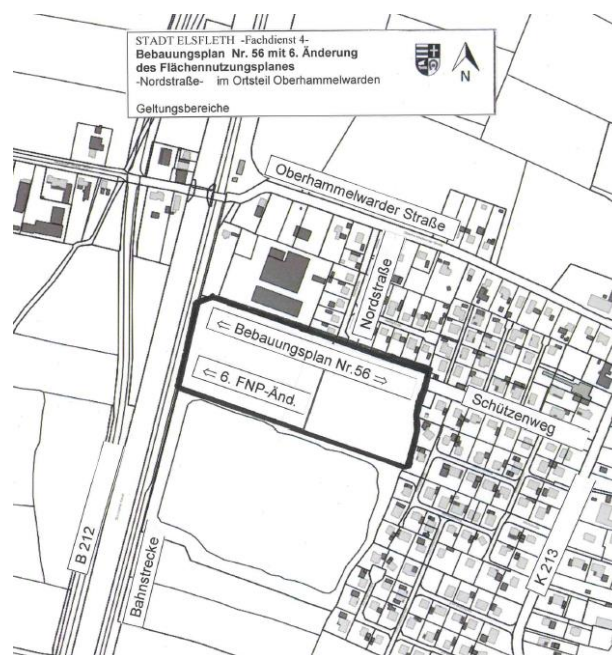


## Bauleitplanung der Stadt Elsfleth, 6. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 56 „Nordstraße“

Die vom Rat der Stadt Elsfleth am 27.03.2017 beschlossene 6. Änderung des Flächennutzungsplanes „Nordstraße“, im Ortsteil Oberhammelwarden wurde durch den Landkreis Wesermarsch mit Verfügung vom 13.06.2017, (Aktenzeichen: DII-61-ELF-F.6-2015) genehmigt. Gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) wird die 6. Flächennutzungsplanänderung mit dieser Bekanntmachung wirksam.

Der Rat der Stadt Elsfleth hat in seiner Sitzung am 18.05.2017 den Bebauungsplan Nr. 56 –Nordstraße– der Stadt Elsfleth als **Satzung** beschlossen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 3 BauGB **in Kraft**. Ziel des Bebauungsplanes ist die Ausweisung von 20 Bauplätzen nebst Kompensationsfläche in Oberhammelwarden. Der räumliche Geltungsbereich der 6. Änderung der Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 56 in Elsfleth-Oberhammelwarden ist im beigefügten Kartenausschnitt dargestellt.



Die rechtskräftigen Bauleitpläne liegen mit der Begründung nebst Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung im Rathaus, Rathausplatz 1, Zimmer 7, während der Sprechzeiten, zur Einsicht aus. Diese Bekanntmachung wird mit dem Geltungsbereich im Aushangkasten beim Rathaus sowie auf der Internetseite <http://www.elsfleth.de/politik-und-verwaltung/oeffentliche-auslegungen.php>, veröffentlicht. Die wirksamen bzw. in Kraft getretenen Bauleitpläne sind dort eingestellt.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes, sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit Inkrafttreten schriftlich gegenüber der Stadt Elsfleth geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsschadenersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen im Fall der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile sowie auf das nach § 44 Abs. 4 BauGB mögliche Erlöschen der Ansprüche, wenn der Anspruch nicht innerhalb einer Frist von drei Jahren gestellt wird, wird hingewiesen.

Brigitte Fuchs  
Bürgermeisterin